Aus den Gewerkschaften

Generalversammlung der Metallarbeiter
Verwaltungsstelle Dresden

Am 11. März 1925 fand die Generalversammlung der Metallarbeiter statt, folgender Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Tarif, 2. Wahl des 1. und 2. Bevollmächtigten.

Schon seit langer Zeit werden von Pawlowitsch und Genossen die Kriegstrompeten geblasen. Auch die Metallarbeiterleitung betonte in langen Ergüssen, daß der DMV. immer für den 8-Stunden-Tag „kämpfen" werde. Man sagte: Lohnregulierung und Abschluß des Manteltarifes müssen zusammenfallen; man wird dann die Metallarbeiter leichter zum Kampf bringen. Wie sieht nun dieser Kampf aus. Die Forderung lautete, die Lohngruppe (jetzt 69 Pfg.) Arndt berichtete über die hohen Forderungen jede Verhandlung ab. In den anschließend tagenden Schiedsgerichtsverhandlungen **wurde die Forderung auf 72 Pfg. „herabgesetzt"!** Die Unternehmer, die sonst zu jedem Kuhhandel zu haben waren, lehnten auch dies ab und blieben hart. Der Vorschlag des „Mittelstandspolitikers" (4 Pfg. bis Juli 1925) wurde Schiedsspruch.

In der Aussprache kennzeichnete in gebührender Weise der Genosse Schwarz von S. u. R. die Haltung des Vorstandes, der entgegen seinem Geschreibsel für Sachsen jede Streikgenehmigung ablehnt. Die Vorstandsvertreter reden jetzt von „**Rationierter Streikgenehmigung**"!

Arndt betonte im Schlußwort, man müsse das „**kleinere Uebel**" nehmen. Die **Erhöhung der Betriebsmittel der Industrie liegen im Interesse der Arbeiterschaft!!?** Dann folgte die übliche Kommunistenhetze. Bei dem Schlußwort Arndts wurde die Versammlung sehr unruhig. **Die Abstimmung über die Schiedssprüche betreffend Arbeitszeit, Lohn, Feriendauer und Bezahlung und Prozenttabelle ergab einstimmige Ablehnung.** Der Schiedsspruch über den Manteltarif, der einige kleine Verbesserungen brachte, wurde gegen zirka 40 Stimmen angenommen. Die Schiedssprüche sind abgelehnt. Der Kampf soll nicht geführt werden, ja man erklärte: Streik fordern sind elbeene München. Wie wird nun die mit großem Tamtam ausgerufene Metallarbeiter-Bewegung enden! Selbst die linken Sozialdemokraten, die sonst den üblichen Eiertanz aufführten, saßen da wie die betrübten Lohgerber. —

Arndt und Pawlowitsch verlassen das Schlachtfeld in Dresden. Arndt wird Bezirkssekretär für die Ortsausschüsse des ADGB. Sachsen. (Feine Sache.) Pawlowitsch tritt in den Ruhestand. Die oppositionellen Metallarbeiter werden keinem eine Träne nachweinen. Unter Pawlowitschs Leitung stand die Generalversammlung manchmal auf dem Niveau des Bürgervorstehervorstehers. **Die Zoten riß Paul immer selbst.** Wer soll sein Nachfolger werden? Von der Ortsverwaltung wurde vorgeschlagen: **Fritz Fäller**, Saarbrücken, als erster und **Händel**, Leipzig, als zweiter Bevollmächtigter. Fritz Fäller ist den Dresdner Arbeitern noch aus der Vorkriegszeit und bis zum Jahre 1916 in „**guter Erinnerung**". Er war damals Geschäftsführer im DMV. Sein Abgang erfolgte damals unter eigentümlichen Umständen. (Selbst Ebert Emil hat in der Ortsverwaltung gegen Fäller gestimmt. In der Generalversammlung wagte er nicht, diese Stellung zu vertreten.) Man redet, Fäller sei der damals im DMV. eingeführten amerikanischen Buchführung zum Opfer gefallen. Die Dresdner Metallarbeiter haben alle Ursache, auf der Hut zu sein. Fäller wurde mit Mehrheit gewählt, ebenso Händel. Kollege Werner (S. u. R.) erklärte, daß die Opposition gegen beide stimmen werde.

Die Betriebsrätewahlen als Gradmesser der Stärke einer Arbeiterpartei

Die SPD., die bei Parlamentswahlen mit ihren Stimmen aus dem kleinbürgerlichen Mittelstand, den kleinen selbständigen Gewerbetreibenden und Zwischenhändlern prahlt, verschwindet in den Betrieben und Werkstätten beim Proletariat mehr und mehr, und doch beweist sich gerade hier die fundamentale Stärke einer Arbeiterpartei. Die KPD. dagegen ist in den Ausbeutungsstätten stark und wird täglich stärker. Hier zeigt es sich, daß die KPD. in der Tat die einzige Arbeiterpartei ist.

Die Parlamentswahlen sind ein Betrugsmanöver der Bourgeoisie, um hinter den Kulissen der bürgerlichen Demokratie ungestörter ihre Klassenmacht und kapitalistische Ausbeuterwirtschaft zu festigen.

Bei den Betriebsrätewahlen aber geht es um die nackten Lebensinteressen der Arbeiter, hier entscheidet der Arbeiter ganz nach seiner sozialen Klassenlage, ganz nach seinen klassengemäßen Forderungen, und hier entscheidet er **nicht** für die Partei der Mittelständler, der „Verschoaler" und der bürgerlichen Republikaner, sondern für die wahre und konsequente Arbeiterpartei, die KPD.

Bei allen Betriebsratswahlen zeigt sich ein Anwachsen der kommunistischen Betriebsratsziffern, als ein wachsendes Vertrauen der Arbeiter in den Betrieben zur KPD. wieder beweisen neue Betriebsratswahlergebnisse, daß die rote Front in den Betrieben sich fester und fester schließt und die Sozialdemokratie dort, wo Arbeiter ins Bergwerk fahren oder am Schraubstock, an der Drehbank und an der Hobelbank für kläglichen Lohn 10 und 12 Stunden arbeiten müssen, immer mehr an Einfluß verliert. Die KPD. aber als Arbeiterpartei hat ihre Positionen beim Proletariat im Betrieb.

In Landshut in Schlesien haben die Betriebsratswahlen bei den Schlesischen Textilwerken Methner und Frahne (Abt. Methner) stattgefunden. Die Reformisten hatten mit den Christlichen eine Einheitsliste aufgestellt, nachdem sie unsere Genossen gestrichen hatten. Die Abstimmung hat ergeben:

Liste 1 (alles freigewerkschaftlich organisierte Kommunisten) 593 Stimmen.

Liste 2, Sozialdemokraten, Unorganisierte, auch Gewerkverein und Christen 285 Stimmen.

Der Betriebsrat wird also wie folgt zusammengesetzt: 6 KPD., 2 SPD., 1 Christ. Ersatz: 7 KPD., 2 SPD.

In Wald in Westfalen hat nach längerer Zeit der Passivität und des Daniederliegens der freigewerkschaftlichen Bewegung sich die Belegschaft von Kortenbach und Rauh aufgerafft und bei den Betriebsratswahlen eine freigewerkschaftliche Mehrheit erobert. Der neue Betriebsrat setzt sich zusammen aus 4 freigewerkschaftlichen und 3 christlichen Vertretern, wozu noch ein Angestelltenvertreter kommt, der Arbeiterrat aus 5 freigewerkschaftlichen und 3 christlichen Vertretern. Im vorigen Betriebsrat war der Obmann Christ. Von den freigewerkschaftlichen Vertretern ist keiner Sozialdemokrat. Ein erfreuliches Zeichen des wiederbeginnenden Aufstiegs der Gewerkschaftsbewegung, allen Intrigen und aller Sabotage der Reformisten zum Trotz.

In Hamburg wurden bei der Betriebsrätewahl bei der Lederfabrik Schmidt 6 KPD., 2 Sympathisierende und kein SPD. gewählt. Bisher 7 SPD. und kein KPD.

Dabei hetzt die Bourgeoisie in der wütendsten Weise gegen sämtliche kommunistischen Betriebsräte. Kein Mittel wird gescheut, um nicht nur kommunistische Betriebsräte fristlos auf die Straße zu werfen, sondern sie auch noch vor das bürgerliche Klassengericht zu schleppen, um sie durch Spitzelaussagen und erfundene Vorwände für Jahre in die Gefängnisse der Republik zu werfen. Erst letzthin begann vor dem Schöffengericht in Essen ein Prozeß gegen 37 Arbeiter aus Mark. Die zur Verhandlungen stehenden Vorfälle rührten aus dem Bergarbeiterstreik im Mai 1924 her. Durch die Provokation der Polizei kam es am 20. Mai 1924 zu einem Sturm auf die Zeche „Breffert". Diesen Vorwand benutzte die Zechenverwaltung, um die kommunistischen Betriebsräte auf die Anklagebank zu bringen. Die Anklageschrift stützte sich zum größten Teil auf die Anschuldigungen des Bergwerksdirektors Schlieper. Der Staatsanwalt war während der ganzen Verhandlung bemüht, dem Willen der Zechenbarone gerecht zu werden und die Angeklagten zu belasten. Im ganzen wurden 15 Jahre 9 Monate Gefängnis verhängt. Ein Teil der Angeklagten wurde freigesprochen.

Aber trotz aller Schikanierungen und Verfolgungen gewinnt die KPD. mehr und mehr Boden in den Betrieben, und die ganze Hetze der Sozialdemokratie über die „sterbende" KPD. wird durch jedes Betriebsratswahlergebnis ad absurdum geführt.

Die rote Front in den Betrieben steht. Genossen, unermüdlich an die Arbeit, daß sie ein starker Wall aller klassenbewußten Arbeiter wird, daß sie die rote Phalanx wird, die den bürgerlichen Klassenstaat vernichtet und die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft überwindet und ersetzt durch die sozialistische kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Metallarbeiter Sachsens!

Wiederum sind zwei Schiedssprüche gefällt worden, die in **keiner Weise** den Forderungen der sächsischen Metallarbeiter gerecht werden. Wie bisher sollt ihr **53 Stunden** für die Kapitalisten schuften. Die 4 Pfg. Lohnerhöhung, die der Schiedsspruch vorsieht, sind eine direkte Verhöhnung der Metallarbeiter!

Die **Rechte der Betriebsräte** sind in den letzten Jahren vom Unternehmertum bis zur Bedeutungslosigkeit **herabgedrückt** worden. Keine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte sieht der Schiedsspruch über den Manteltarif vor. Die Metallarbeiter sollen auch in Zukunft einer energischen, einflußreichen Betriebsvertretung beraubt werden. Die Lage der sächsischen Metallarbeiter verschlechtert sich von Woche zu Woche.

Durch lange Arbeitszeit, niedrigen Lohn und ein noch nie dagewesenes Antreibesystem ist die Existenz der Metallarbeiter vollständig zerrüttet.

Wollt ihr, daß dieser Zustand bleiben soll?
Nein, und abermals nein!

Was unternehmen die reformistischen Gewerkschaftsführer, um diesen für euch kaum noch erträglichen Zustand zu beseitigen? Sie verhandeln erneut mit den Unternehmern. Bei der Aufstellung von Forderungen **habt ihr nichts zu sagen.** Schiedssprüche werden gefällt und für verbindlich erklärt. Die Reformisten **unterwerfen sich** den unzulänglichen Schiedssprüchen und halten dadurch die Arbeiter **vom Kampfe zurück.** Durch dieses Verhalten wird der Unternehmerfrechheit **Vorschub geleistet** und der Kampfmut der Arbeiterschaft geschwächt.

Diesem reformistischen Treiben muß die Arbeiterschaft **ein Ende machen.**

Kollegen und Kolleginnen!

Laßt euch diese Schiedssprüche nicht länger aufschwätzen. Allerorts, in jedem Betriebe müssen die Schiedssprüche **abgelehnt werden.** Die Arbeiter der Horch-Werke in Zwickau haben diesen Schiedsspruch abgelehnt und folgende Forderungen aufgestellt:

Für den 8-Stundentag!
Für die Erweiterung der Betriebsratsrechte!
Für gerechte Sozialgesetzgebung!
Für 40 Prozent Lohnerhöhung!
Gegen die Unterdrückung der Arbeiterschaft!
Gegen die Lutherregierung!

Sie verlangen vom Metallarbeiterverband, den Kampf auf breiter Grundlage für diese Forderungen aufzunehmen. Schon befinden sich große Teile der Metallarbeiter im Reiche seit Wochen im Kampfe

für den starren Achtstundentag.
für höheren Lohn!

In Berlin haben die Industriellen 10 000 Metallarbeiter ausgesperrt. Damit zeigt das Unternehmertum, daß sie den

Generalangriff auf den 8-Stundentag

durchführen wollen.

Metallarbeiter! Laßt die Kollegen in Bielefeld, Kassel und Berlin nicht allein! Schafft sofort die einheitliche Kampffront. Am besten unterstützt ihr die kämpfenden Kollegen, wenn ihr den Kampf aufnehmt. Dazu ist notwendig, daß die Reihen der **Gewerkschaften gestärkt werden!** Darum tretet ein in den Metallarbeiter-Verband. Macht euch die Forderungen der Belegschaft der Horch-Werke zu eigen.

Weg mit diesen Schiedssprüchen!
Auf zum Kampf!

Die Arbeiter von Anton Reiche für den Kampf um den 8-Stundentag

Aus dem Betrieb der Firma Anton Reiche (2100 Arbeiter) wird uns folgendes mitgeteilt:

Infolge der tariflosen Zeit wurde von der Belegschaft eine Abstimmung darüber herbeigeführt, ob sie gewillt sei, nach achtstündiger Arbeitszeit den Betrieb zu verlassen. Das Ergebnis der Abstimmung war sehr gut. Mit Ausnahme von 40—50 Stimmen wurde beschlossen, nach acht Stunden den Betrieb zu verlassen.

Gewerkschaftsarbeit
Verbürgt revolutionären Erfolg

Aus Limbach im Vogtland wird uns geschrieben: „Durch eine intensive Arbeit in den Betrieben haben wir die Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes von 45 im Januar 1924 auf 600 im März 1925 gesteigert. Die Betriebsrätewahlen, die in fast allen Betrieben abgeschlossen sind, haben mit einem glänzenden Sieg für die Kommunisten abgeschlossen. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind nirgends Sozialdemokraten gewählt worden. Der Kampfwille der Arbeiterschaft ist ausgezeichnet. Als die Fa. Bach u. Winter den kommunistischen Betriebsrat fristlos entließ, trat die Belegschaft sofort in den Streik und setzte nach zweitägigem Streik die Wiedereinstellung des gesamten Betriebsrates durch."

In allen Betrieben und Gewerkschaften werden die Kommunisten solche Erfolge erzielen, wenn sie sich rückhaltlos gegenüber dem Unternehmertum für die Interessen der Arbeiter einsetzen.

Neue Wege des Klassenkampfes im Z. d. A.
Gerichtliche Eintreibung von Verbandsbeiträgen

Wie tief die sozialdemokratischen Gewerkschaften in den Sumpf des Reformismus hineingeraten sind durch Burgfrieden von 1914 bis 1918, durch Arbeitsgemeinschaft von 1919 bis dato, haben leider noch große Teile des deutschen Proletariats nicht erkannt und begriffen, trotzdem gerade sie es waren, die stets die Folgen dieser „Politik", dieser Taktik zu tragen hatten. Wir Kommunisten haben an jedem, von den Reformisten gegebenen „Beispiel" versucht, die Arbeiterklasse durch praktische Erfahrung für den revolutionären Klassenkampf zu schulen, sie von der Notwendigkeit dieses Kampfes und der schädlichen Taktik der Reformisten zu überzeugen. Nur diesem Bestreben dient auch die Wiedergabe nachfolgender Tatsachen.

Mit Schreiben vom 23. März 1925 des Amtsgerichts Berlin Mitte Abtl. 27 ging dem

Mitglied ..... des Zentralverbandes der Angestellten ein Zahlungsbefehl über 17,50 Reichsmark zu, die für rückständige Beiträge gerichtlich eingetrieben werden. Kann man sich etwas Widerlicheres denken, als daß eine freie Gewerkschaft mit Hilfe eines bürgerlichen Gerichts gegen ihre Mitglieder vorgeht? Das ist dasselbe, was in unzähligen Fällen auch der gelbe Gewerkschaftsbund der Angestellten tut! So macht man die Gewerkschaften bei den Massen verhaßt, treibt die Mitglieder geradezu zum Austritt aus den Verbänden! Aber — sehen wir zu, wie weit es diese Bureaukratie noch bringt.

In einer Bezirksversammlung des ZdA. Berlin bezeichnete ein SPD.-Mann die **Tarifpolitik**, das **Schlichtungswesen** und die **Arbeitsgemeinschaften** mit dem **Unternehmertum** als „**neue Wege des Klassenkampfes**". Daß der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern Wege des gewerkschaftlichen Klassenverrats sind, kommt manchem SPD.-Anhänger ebensowenig zum Bewußtsein wie der politische Verrat der SPD.-Führer infolge des Zusammenarbeitens mit den Parteien der Bourgeoisie.

Wohin diese bürgerliche Harmonieduselei auch im organisatorischen Leben des ZdA. führt, zeigt das Rundschreiben der Fachgruppe Sozialversicherung vom 30. Januar 1925. Dort heißt es wörtlich:

„Die gestrige Vertrauensmännerversammlung hat (auf Veranlassung der Sektionsleitung) einstimmig beschlossen, ein Eisbeinessen (!) zu veranstalten. Es soll durch eine derartige Veranstaltung das Zusammengehörigkeitsgefühl gefördert werden."

Das Rundschreiben befaßt sich im weiteren Inhalt nur mit dieser „Veranstaltung". Zu zahlen sind pro Mann 1 Mark. Dafür wird geliefert ein Eisbein, Musik und Gesang. (Hätten die Herren von der Sektionsleitung mit dem Parteiregent Weis vorher gesprochen, würde sich der Unkostenbetrag mindestens um weitere 1 Mark für Getränke pro Mann erhöhen.) Es ist bezeichnend, daß sich in der betreffenden Versammlung nicht ein Kollege gegen diese Art der „Gewerkschaftsarbeit" gewandt hat. Und diese Leute nennen sich noch „Vertrauensmänner"!

So sieht es im ZdA. aus. Es kann auch nicht anders sein, wenn man statutarisch festlegt, daß Kommunisten oder mit ihnen Sympathisierende keinen Funktionärposten bekleiden dürfen.

Die neuen Reparationsaufwertungen
Senkung des Reallohnes, Erhöhung der indirekten Steuern, Zölle und Lohnsteuern, Friedensmiete

Wo ist es den Arbeitern in den letzten Monaten möglich gewesen, den Preissteigerungen auch ihren Lohn anzupassen, d. h. ihren Reallohn zu erhalten? Oder wo konnten sie gar ihren Lohn entsprechend ihren gesteigerten Arbeitsleistungen erhöhen? Senkung des Reallohns und Leistungssteigerung hängen aufs engste mit den Reparationszahlungen zusammen. Es wurden von Deutschland an den Generalagenten für Reparationszahlungen abgeführt:

September 1924 83,51 Millionen Goldmark, Oktober 1924 86,20 Mill. Goldmark, November 1924 66,24 Mill. Goldmark, Dezember 1924 53,68 Mill. Goldmark, Januar 1925 103,58 Mill. Goldmark, Februar 1925 185,36 Mill. Goldmark.

Die Lasten wachsen, dennoch konnten sie bisher noch nicht allzu sehr wirken: Bei den allermeisten Zahlungen besagt der Ausweis des Reparationsagenten, daß sie der Dawes-Anleihe entnommen sind. Aber diese Möglichkeiten sind erschöpft; mit der ersten Zahlung von 100 Millionen Mark Eisenbahnzinsen haben die größeren Reparationszahlungen eingesetzt. Jahr um Jahr nehmen diese Summen zu. Es sollen gezahlt werden:

im 1. Jahr 1000 Mill. Goldmark (werden aber zum größeren Teil der Anleihe entnommen), im 2. Jahr 1220 Mill. Goldmark, im 3. Jahr 1220 Mill. Goldmark, im 4. Jahr 1750 Mill. Goldmark, im 5. Jahre und in den folgenden Jahren 2500 Mill. Goldmark.

Doch treten zu diesen Summen noch mannigfache Zuschläge hinzu, wahrscheinlich sollen die Jahresleistungen 3 Milliarden Mark übersteigen.

Wie werden sie aufgebracht? Auf dreierlei Wegen: Erstens durch unmittelbare Belastung des Proletariats in Form der Steuer-Lohnabzüge. Der Lohnabzug brachte dem Reich ein: im August 1924 107,0 Mill. Goldmark, September 1924 113,5 Mill. Goldmark, Oktober 1924 114,9 Mill. Goldmark, November 1924 119,8 Mill. Goldmark, Dezember 1924 126,3 Mill. Goldmark, Januar 1925 126,1 Mill. Goldmark.

Zweitens durch sogenannte Besitzbelastung: Besitzsteuern (Vermögenssteuern, Einkommensteuern, Kapitalverkehrssteuern usw.) und die Dawes-Obligationen. Praktisch kalkuliert selbstverständlich jeder Unternehmer diese Lasten zu den Produktionskosten hinzu und erhöht demgemäß die Preise. Das Ergebnis ist also eine Senkung des Reallohns der Arbeiter, eine Abwälzung auch dieser Lasten auf die arbeitende Bevölkerung.

Drittens durch Belastung des Güterumsatzes in Form von Umsatzsteuern, indirekten Steuern, Zöllen, Verkehrssteuern und Eisenbahnzinsen. Hier ist die Abwälzung in Form von Preissteigerungen und Lohnkürzungen noch leichter möglich als bei den Besitzsteuern.

Kein Wunder, daß das Kabinett Luther angesichts der steigenden Reparationszahlungen gerade diese Steuern stark erhöht, während die das Kapital zunächst unmittelbar treffenden Besitzsteuern erheblich gemildert wurden.

Es werden erhöht:

Die Biersteuer (1 Hektoliter 10 M. statt bisher 5 M.)

Die Steuer auf Zigarren und Pfeifentabak (25 Prozent des Ladenpreises statt bisher 20 Prozent).

Die Steuer auf Zigaretten und Feintabak (50 Prozent statt bisher 40 Prozent).

Die Steuer auf Kautabak (10 Prozent statt 5 Prozent).

Die Steuer auf Schnupftabak (15 Prozent statt 10 Prozent).

(Außerdem werden auch die **Zölle stark heraufgeschraubt.**)

Viel wichtiger aber ist die geplante **Heraufsetzung der Lohnabzüge.** Offiziell zwar bleibt es bei den bisherigen Sätzen (10 Prozent Lohnabzug, Verringerung für Familienväter, 60 Mark monatlich steuerfrei). Aber den einzelnen Ländern soll das Recht gegeben werden, zur Einkommensteuer, d. h. auch zur Lohnsteuer, Zuschläge zu erheben. Die Länder werden sich das nicht zweimal sagen lassen. Schon jetzt wird die Erhebung solcher Zuschläge in großem Umfang vorbereitet. **Durch solche Zuschläge kann die Lohnsteuer praktisch verdoppelt und verdreifacht werden.**

Ferner verlangt das Reich, daß **bis spätestens zum 1. April 1926 die volle Friedensmiete erhoben wird: eine neue Verminderung des Reallohns!**

Und all diese die arbeitende Bevölkerung unerträglich bedrückenden Maßnahmen, noch ehe die „normale" Reparationszahlung überhaupt eingesetzt hat!

Die SPD. kann wahrlich stolz sein auf ihre Befürwortung der Dawes-Politik.